

Volksblatt

Das „Volksblatt“ erscheint jeden Werktag; Sonntags mit der illustrierten Beilage „Volk und Welt“. Überlangt eingekauften Manuskripten ist stets das Rückporto beizufügen. Das „Volksblatt“ ist das Publikationsorgan der gewerkschaftlichen und gewerkschaftlichen Organisationen und amtlichen Organ verschiedener Verbände. — Schriftleitung: Clara 42/44, Postfach 46, Halle, Bernauer-Platz 46/47. Verlags- und Anzeigenverwaltung mittags von 12 bis 1 Uhr.

Sozialdemokratische Tageszeitung für Halle und den Regierungs-Bezirk Merseburg

Bezugsbedingungen: Der Bezugspreis beträgt monatlich 2 Mark. Einzelhefte 20 Pfennig. Für Abnehmer 1,90 Mark. Vollbezugspreis monatlich 2 Mark ab Postamt oder gegen Einzahlung, 2,30 Mark mit Postgebühr, ab Postamt 2,40 Mark. Anzeigenpreis: 8 Pfennig im Anzeigen- und 40 Pfennig im Kleinzeilen- und 10 Pfennig im Hauptzeilen-Preis. Druck 42/44, Bernauer-Platz 46/47. — Postfach 46, Halle. — Postfachkonto 20319, Halle.

Immer tiefer hinab.

Rupprecht Schüttelt Ludendorff ab.

Der „kläglich“ Schauspieler.

Wien, 12. November. (Radiomeldung.)

Die „Mündener Neuesten Nachrichten“ veröffentlichten heute morgen einen „authentischen Bericht“ über den Konflikt zwischen dem ehemaligen Stropzinger Rupprecht und Ludendorff, der dem Warte ganz offensichtlich von einer Seite zur Verfügung gestellt wurde. Die Anpreisung sehr nahe steht und von diesem zur Veröffentlichung ermächtigt ist. Am Schluß dieser Darstellung, die Ludendorff für schuldig erklärt, gibt der Verfasser auch den Entwurf jener sogenannten „Königsproklamation“ bekannt, die Rupprecht im Anschluß an den Silber-Putsch veröffentlichten lassen wollte und die lautet:

Sagen!

Am fünften Jahrestage der Revolution sind im Anschluß an eine unglückliche Zeit, die Inzucht über Inzucht über das deutsche Land gebracht und unser Volk in einen Zustand traurigster Hilflosigkeit versetzt. Sanftlungen begangen worden, deren vaterländische ideale Beweggründe ich keineswegs verlernen will. Die aber neuen, fälschlich Inzucht getrieben haben. Ein klägliches Schauspiel der Welt: Bayern gegen Bayern, Deutsche gegen Deutsche, und das in einem Augenblick, da fürchterliche Not alle Deutschen fester denn je zusammenfassen muß. Kann das besser werden, ehe nicht alle das gleiche hohe, heilige Ziel erreichen? Hat die Woge, auf denen sie ihr Ziel zu erreichen hofften, sich berichtigt. Darum die Waffen nieder! Können denn die Rufen eines unglücklichen vierjährigen Krieges gegen eine Welt von Feinden, können die Trümmer einer fünfjährigen Revolutionsperiode in einem Augenblick, mit einem einzigen bezweifelten Anlauf beseitigt und ausgeräumt werden? Reichlich und über treuende Meinungsverschiedenheiten, über Verstum und Schuld, über Verwirrung und anlagenes Blut hinaus von neuem die Hand. Sieht seit in jener feinen Mannesstolz zusammen, die unser Ansehen und die Würde unserer Kraft war und der Quell der Erneuerung und der höchsten Weiterentwicklung sein wird.

Meinem Herzen, der ich durch eine fast tausendjährige Geschichte meines Landes mit dem Vaterland und dadurch mit den Geschlechten Gesamtdeutschlands verbunden bin, stehen alle nahe, die guten Willens sind. Es ist der bittere Ernst der Stunde, der mich aus meiner Zurückgezogenheit herauszwingt. Ich wende mich an den gefunden Sinn des Volkes. Das hat deutsche Väter und das neuerlebende friedliche und feiner Würde die seine Aufgaben vollbrachte Deutschland, sie gehören unzerstückelt zusammen.

neg.: Rupprecht.

Die Oberste, die Ludendorff hier von Rupprecht erhält, muß in den Augen aller Demokraten als ein Schauspiel wirken. Ludendorff wird von dem Warte, durch seinen gemeinsamen mit dem Inzuchtigen Putsch, „schweres Unheil gescheitigt“ zu haben. Rupprecht bezeichnet den Ludendorff-Putsch als ein „klägliches Schauspiel“. Die Rolle, die der Schwendelküstling während dieses Schauspiels münzte, als er nach dem ersten Schuß im Mündener Straßenduell auf dem Warte lag, mag Rupprecht von Bayern in seiner Auffassung über das kläglich Schauspiel noch bekräftigen haben. Wir haben keine Ursache, uns mit den politischen und ideologisch verkommenen Sätzen des bayerischen Erztrumpfers an dieser Stelle zu beschäftigen. Das eine wollten wir jedoch nicht unterlassen haben, besonders zu bemerken: daß Ludendorff in den Strafen, mit denen er früher zusammenge-

arbeitet hat, wegen seiner „kläglich“ Haltung und wegen seines „schweren Unheil“ zeitigenden Auftretens vollkommen unter dem Schuß. Da er, wie gestern mitgeteilt, in den Strafen seiner neuen Freunde als „politischer Ochs“ geführt wird, so dürfte es noch ein wenig in Deutschland geben, die die Gesellschaft dieses lobhaften Kriegsverlängerers und eiserntigen Ausweisers noch als ehrenvoll empfinden.

Es scheint uns an der Zeit, daß sich der Ludendorff-Einstrom wieder seine klare Stelle aufdeckt und das Weite sucht. Da man sich diesmal in Schwaben hauptsächlich als lächerlichen Zuschauer behandeln würde und die Bundesführer im scheinlichen Bürgerkrieg sich ungenügend für den Vertrag haben, bleiben Eidamern und Westig, wo bekanntlich bei jedem Wechsel ein neuer Putsch ausbricht. Wie sich die Putschigen jenseits des Rheins mit der Bauklage ihres steigenden Mißtrauens verbinden, bleibt ihre Angelegenheit.

Das zweite Gesicht.



Wilhelm, deutschnationaler Spitzenkandidat?

Cirpis in Doorn.

Amsterdam, 11. November. (Eig. Drahtbericht.)

Wie verlautet, wird Großadmiral a. D. v. Tirpitz in den nächsten Tagen in Doorn eintrafen. Will die Deutschnationale Volkspartei Wilhelm etwa zum Spitzenkandidaten der Reichsliste machen? Das wäre ein Schauspiel für Götter. Abgesehen von einigen schwärzlichen hyperkritischen Jungfrauen, die bei Renennung des Namens Wilhelm aus den erlöschenden Starrkrämpfen nicht herauskommen, dürfte eine solche Kandidatur wie ein kalter Wasserstrahl auf alle diejenigen wirken, die an der monarchischen Idee aus aller christlicher, beschränkter Lieberzeugung immer noch festhalten. Leider — hier möchte man fast sagen: erzieulicherweise — hat ja die Republik trotz ständiger Mahnungen seiner intimsten Freunde bisher kein Gesetz erlassen, das den ehemals regierenden Fürsten die Übernahme von Staatsämtern und parlamentarischen Vertretungen untersagt.

Wilhelm als Spitzenkandidat der deutschnationalen Reichsliste wäre ein Scandalum, wie es in der Weltgeschichte nicht zum zweiten Male sich wiederholen dürfte.

Völkische Feiglinge.

Berlin, 12. November. (Radiomeldung.)

Die Völkischen haben vor dem Schauspiel erleben müssen, daß die Gegner des Parlamentarismus nun auf ihre Kandidaten berufen, wenn sie ihre Verharmlosung beabsichtigen. Es handelt sich hier um den bekannten Kandidaten im Reichstag, den Herr von Bülowe, daß er über den Parlamentarismus anders denkt, wenn es ihm an den Krügen geht. Allerdings hat er sich wieder darauf besonnen, daß die Humanität doch eine ganz schöne Sache ist. So lehnt er es ab, sich wieder einmal ab der Geschick zu erweisen, weil er als Mitglied des kaiserlichen Reichstags auschließlich noch immer den Schatz der Humanität genießen will. Nebenlich sind die Ausstellungen seines Freundes v. Grafen. Gegen diese beiden ist von der Staatsanwaltschaft wegen Verstoßes gegen das Wahlgesetz im Zusammenhang mit dem Reichstag, in dessen Verlauf Bülowe und Grafen dem Volksparteiler Dr. Kauter eine Dummheit übermittelten. Der Prozeß sollte heute in Berlin beginnen. Er muß jedoch vertagt werden, da Bülowe und Grafen ihr Nichterscheinen bereits angekündigt haben.

Die künftige Verwendung des § 3. III. Die Frage der künftigen Verwendung des Aufsichtes § 3. III. nimmt eine neue Wendung. Es ist angeregt worden, die Aufsicht, zum nächstmaligen Reichstagsaustritt — London zu verordnen.

Deutschnationale Beamtenfreundlichkeit!

Von Alex Müller (Halle).

Der Ortsverein Halle der Deutschnationalen Volkspartei hatte für Freitag, den 7. November, mit großem Lautum eine Wahlversammlung für Beamte einzuberufen. Leider hatte mehr als die Hälfte der Versammlungsbefugten noch nie etwas mit Beamtenangelegenheiten zu tun gehabt. Das waren die zur Stimmungsmaße und zur strengsten Überwachung Anderenbeforder befallenen Staatsbeamten. Was ich mich im Auftrage meiner Beamtenorganisation in der mit großartig gemaßten Absicht von 10 Minuten mit den wichtigsten und krenendsten Beamtenfragen beschäftigen wollte und dabei die Stellungnahme der deutschnationalen Reichstagsfraktion befeuerte, brachen die deutschnationalen „Beamtenfreunde“ in ein derartiges Wutgebälde aus, daß jede sachliche Diskussion unmöglich wurde. Man wollte nicht, daß die amwesenden Beamten die Wahrheit über diese lächerliche Partei erfahren.

Es ist schon mehr als Mut, wenn sich heute deutschnationale Führer hinstellen, um Beamte für ein System zu führen, das sich selbst gerichtet hat und das den deutschnationalen Reichstagsabgeordneten von Freitag im Herbst 1914 zu dem bemerkenswerten Sozialseufzer veranlaßte: „Nach dem Kriege gebe ich unter die Erde und suche mir Vaterneupässe aus, aber einen ganzen Haufen, denn es muß einer ganzen Substanz zu Leibe gegangen werden, wenn es besser werden soll!“ Wie sah es denn früher aus? Was war der Beamte, und was hatte er — außer einer glänzenden Uniform?

1. Ein erträgliches Gehalt, das nicht zur Verfeinerung der Lebens- und Kulturbedürfnisse ausreichte. Trotzdem wie das noch keinen Weltkrieg verloren hatten, nicht unter dem Druck ungeheurer Reparationslasten standen. Trotzdem also der Staat die Möglichkeit, das Geld hatte, um seinen Beamten eine gerade Bezahlung zu geben. Aber nicht, die Deutschnationalen der Volkspartei erklärten mit gemächlicher Miene, „der Beamte habe den Staat groß zu hungern“. Und man zeigte sich in rührender Offenheit, als man im Vernehmlichen erklärte: „Was will nun eigentlich die Beamtenklasse noch alles? Sie wollen verflügeln, immer mehr Geld und Vorteile freileben — so auch wie die Aristokratie!“ (Bemerkenswert ist der vornehme Ton, in dem der konservativen Abgeordnete im Herrenhaus eine Gehaltszulage ablehnte, die das Abgeordnetenhaus vorwarf.)

2. Eine großzügige, in teilweise sogar vierwöchentlichständige Dienstzeit, in der die menschliche Arbeitskraft vom Vater Staat in der unangenehmsten Weise ausgenutzt wurde.

3. Keine Vereinigungen und keine politische Meinungsäußerung. Einer meiner Bekannten, der früher 1. Vorsitzender eines Eltern-Vereinamtenverbandes war, erhielt als „Schwundschreiben“ ein Disziplinarerfahren, weil er die Beihilfe befehlen wollte, in einer Versammlung die Tätigkeit eines Vorredners zu bekräftigen. Der Vorredner eines großen Verbandes der Reichsbeamten wurde 1909 zur Disposition gestellt, weil in der Vereinszeitung ein hartes Wort über die Bezahlung gefallen war. Alles, was sozialdemokratisch oder freimüßig gemeint schien, verstand man, schnell aus dem Aente zu entfernen. Am 1. September 1908 wurden auf der Gitterabfertigung des Anhalters Sabahoff's 1000 Eisenbahnbedienstete, am 15. desselben Monats weitere 2000 Bedienstete entlassen, weil sie Mitglieder des sozialdemokratischen Landverbandes huldigenden Danbretter Verbandes waren. Und das damalige kaiserliche Wort: „Die Eisenbahn“ schrieb nach: „Wir können es nicht verheben, wie Eisenbahnbedienstete sich immer noch dazu hergeben können, Mitglieder eines Verbandes zu werden, dessen Mitgliedschaft, wie ihnen bekannt ist, der Strafe der Dienstentlassung verdonnen ist, weil der Verband ordnungswidrigen Vereinerungen huldigt.“ Selbst aus dem Kriege sind mir eine ganze Anzahl Fälle gelaufen, die mit erschütternder und für den damaligen Staat tief beschämender Deutlichkeit beweisen, daß ein freimüßiger oder gar sozialdemokratisch gefärbter Beamter einfach unmöglich war.

Es würde an dieser Stelle zu weit führen, das Ländereigenschaft der früheren Deutschnationalen (Kaiserzeit) auch an anderen Beamtengebieten zu beleuchten (Beamtenrecht, Beamtenvertretung, Urlaubswesen, Ernennungen usw.). Mag nur noch der Wunsch ausgesprochen sein, daß sich die Beamtenarbeit der Volkspartei zurückermitteln. Dann weiß sie, wie die unteren und mittleren Beamtengruppen behandelt wurden, als in Deutschland „recht“ regiert wurde.

Aus ein kurzes Wort zu der Beamtenfreundlichkeit der Deutschnationalen Volkspartei, wie sie sich in der Praxis von heute auswirkt. Es ist allgemein bekannt, daß das Reichsfinanzministerium die Ermächtigung zur selbständigen Bezahlungsgesetzgebung besaß. Wenn daher die Volkspartei erzwungen „erlaubt“ sein wollen, das schreiende Bezahlungsrecht an den unteren und mittleren Beamten wiederzugeben, so war ein Antrag im Reichstag notwendig, durch dessen Annahme dem Reich die Bezahlungsgesetzgebung für Beamte übertragen wurde. Dadurch wäre dann die praktische Möglichkeit für die Verwaltung der Bezahlung gegeben worden. Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion brachte den von den Beamtenorganisationen so sehr erlöschenden Antrag im Ansturm ein. Mit Mehrheit und unter ausdrücklicher Zustimmung der Deutschnationalen wurde er jedoch an den Ausschuss zurück-

